



Antrag

Bearbeitung: Astrid Stadthaus-Panissie (E-Mail: Telefon: 122-2360)

BfL: Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses VO/2017/05593 vom 30.11.2017 (Wohnperspektive für Geflüchtete...)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
22.02.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den o.g. Bürgerschaftsbeschluss so umzusetzen, dass die Konsequenzen, die der Verwaltungsbericht zur Wohnperspektive für Geflüchtete vom 22.01.2018 aufzeigt, nicht im geschilderten Maße auftreten.

Es soll vermieden werden, dass

- mehr als ein Viertel der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften umziehen müssen
- Familien umziehen müssen, nur weil das Kind älter als 6 Jahre wird
- eine Nutzung einzelner Standorte nur noch durch allein reisende junge Männer erfolgen kann
- zusätzliche Kosten für die Hansestadt Lübeck entstehen

Eine Umsetzung im Geist des o.g. Beschlusses ist wünschenswert, muss aber mit Augenmaß wie in den o.g. genannten Punkten erwähnt erfolgen.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich

Anlagen :

Mit freundlichen Grüßen

Marcel Niewöhner

Vorsitzende/r
der BFL-Fraktion